

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH
Düsseldorf
Bilanz zum 31. Dezember 2023

	31.12.2023 €	31.12.2022 €	P A S S I V A	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A K T I V A					
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			II. Gewinnrücklage	12.936.057,72	12.585.256,57
	52.092,34	69.845,02			12.611.256,57
II. Sachanlagen			B. Sonderposten für Zuwendungen zu Investitionen in das Anlagevermögen	2.539.215,93	2.695.284,59
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	14.631.519,37	15.121.778,69	C. Rückstellungen	1.596.857,09	1.485.870,44
2. technische Anlagen und Maschinen	1.287.908,27	1.166.156,86			
3. Fandere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	729.907,83	492.148,15	D. Verbindlichkeiten	4.178.274,38	4.887.537,36
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.092,30	331.337,90	1. Verbindlichkeiten gegenüber Körperschaften des öffentlichen Rechts und Kreditinstituten		
	16.659.427,77	17.111.421,60	- davon gegenüber Kreditinstituten		
III. Finanzanlagen			- € 4.500.499,35(Vj.: € 4.780.408,71)		
1. Beteiligungen	5.113,00	5.113,00	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	660.921,55	666.342,67
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	206.260,00	206.260,00	3. Sonstige Verbindlichkeiten	4.840.919,09	4.787.367,06
	211.373,00	211.373,00	- davon aus Steuern:		
	16.972.893,11	17.392.639,60	- € 191.977,72 (Vj.: € 263.293,96)	9.680.115,02	10.341.247,09
B. Umlaufvermögen			E. Rechnungsabgrenzungsposten	54.408,62	80.430,10
I. Vorräte					
1. Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	106.150,18	120.194,42			
2. unterfertigte Erzeugnisse	21.397,50	11.315,72			
3. fertige Erzeugnisse und Waren	53.353,56	42.884,23			
	180.901,24	174.394,37			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	470.292,79	455.782,24			
2. sonstige Vermögensgegenstände	5.141.892,85	5.975.233,17			
	5.612.192,64	6.431.015,41			
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten					
	4.090.667,39	3.216.039,39			
	9.883.761,27	9.821.449,17			
	26.806.654,38	27.214.088,79		26.806.654,38	27.214.088,79

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH
Düsseldorf
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023

	2023 €	2022 €
1. Erträge aus Leistungsvergütungen und Kostenerstattungen	42.500.508,70	39.188.330,81
2. Übrige Umsatzerlöse	10.215.268,68	9.852.202,81
3. Veränderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnisses	21.120,14	9.587,27
4. sonstige betriebliche Erträge	711.578,00	1.027.631,45
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-2.377.157,69	-2.056.133,93
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.115.444,21	-1.169.144,60
	-3.492.601,90	-3.225.278,53
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-27.512.768,71	-25.382.531,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-15.764.142,74	-15.092.996,23
- davon für Altersversorgung: €1.345.256,55 (Vj.: € 1.268.713,7)		
	-43.276.911,45	-40.475.527,23
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.475.672,17	-1.418.116,65
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.740.681,86	-4.465.215,76
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.590,25	9.001,13
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-102.126,90	-107.429,89
- davon aus der Abzinsung € 4.716,00 (Vj.: € 5.730,00)		
11. Ergebnis nach Steuern	379.071,49	395.185,41
12. sonstige Steuern	-54.270,34	-10.852,34
13. Jahresergebnis	<u>324.801,15</u>	<u>384.333,07</u>
14. Einstellung in die Gewinnrücklage	-324.801,15	-384.333,07
15. Bilanzgewinn	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS 31.12.2023

I. Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft ist eine **große Kapitalgesellschaft** im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB und als gemeinnützig gemäß Freistellungsbescheid vom 29.11.2023 anerkannt. Die Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH mit Sitz in Düsseldorf wird beim Amtsgericht Düsseldorf im Handelsregister unter HR B 3356 geführt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **Aufstellung und Gliederung** von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie nach dem GmbHG vorgenommen.

Die Bewertungsmethoden haben sich gegenüber dem Jahresabschluss 2022 nicht verändert.

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden in Höhe der Anschaffungskosten aktiviert und werden zwischen zwei und fünf Jahren abgeschrieben.

Der Ansatz des **Sachanlagevermögens** erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Anschaffungskostenminderungen werden abgesetzt. Es kommt die lineare Abschreibungsmethode und soweit (auch in der Vergangenheit) zulässig, die degressive Abschreibung (in der jeweils geltenden Fassung) zur Anwendung. Die Abschreibungssätze richten sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis € 800,00 werden im Jahr des Zugangs nach § 6 Abs. 2 EStG sofort abgeschrieben. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bei den Gebäuden und bei der Geschäftsausstattung richtet sich nach jeweils geltenden steuerlichen Vorschriften.

Wertpapiere sind zu Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Tageswerten angesetzt; Zuschreibungen erfolgen höchstens bis zu den ursprünglichen Anschaffungskosten.

Die **Vorräte** werden zum gewogenen Einstandspreis unter besonderer Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet; die Werte für die eigenen Fertigwaren werden zu Herstellungskosten ermittelt. Bei der Ermittlung der Herstellungskosten werden neben den Einzelkosten auch anteilige Gemeinkosten berücksichtigt.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** sind mit dem Nominalbetrag bewertet. Pauschalwertberichtigungen sind im erforderlichen Umfang gebildet worden. Uneinbringliche Posten werden vollständig ausgebucht.

Die **übrigen Vermögensgegenstände** sind im Einzelnen mit ihren Nennbeträgen bilanziert.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalbeträgen angesetzt.

Bei den **Gewinnrücklagen** handelt es sich im Wesentlichen um Jahresüberschüsse, die zur allgemeinen Verstärkung der Kapitalkraft den Rücklagen zugeführt wurden.

Es werden erhaltene Zuwendungen für Investitionen auf der Passivseite der Bilanz als **Sonderposten für Zuwendungen zu Investitionen in das Anlagevermögen** ausgewiesen, soweit diese Zuschüsse für Einrichtungen und Ausstattungen ins Anlagevermögen eingesetzt werden. Die Sonderposten werden nach Maßgabe der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter aufgelöst. Die **Rückstellungen** enthalten alle bekannten Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgt mit dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag im Rahmen einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung.

Die Rückstellungen für **Jubiläen** werden mit Ihrem Erfüllungsrückstand bewertet. Dabei wurde ein Rechnungszinssatz von 1,74 % sowie ein Gehaltstrend von 1,5 % verwendet. Der Rechnungszinssatz basiert auf dem pauschalierten durchschnittlichen Zinssatz der letzten 7 Jahre, herausgegeben durch die Deutsche Bundesbank mit einer Laufzeit von 15 Jahren. Biometrische Einflussfaktoren wurden nach „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck berücksichtigt. Als Bewertungsmethode verwendete MERCER in Anlehnung an internationale Standards die sogenannte Projected Unit Credit Method (PUC-Methode).

Die Bewertung der **Altersteilzeitverpflichtungen** erfolgte für die Handelsbilanz nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme IDW RS HFA 3 vom 19.06.2013. Bemessungsgrundlage für die Rückstellungsbildung sind die gesamten in der Freistellungsphase zu gewährenden Vergütungen einschließlich der zu erbringenden Aufstockungsbeträge sowie sonstige Nebenleistungen (z.B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung).

Zur Sicherung der Ansprüche aus Altersteilzeit wurden bei der DEKA Fonds-Sparverträge eingerichtet:

Die Summe der zum 31.12.2023 vorgenommenen Ein- und Auszahlungen beträgt 264 T€. Der dem Stichtag beizulegende Zeitwert beträgt 264 T€. Das Deckungsvermögen von 264 T€ wird zum 31.12.2023 in Anwendung des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Rückstellungen aus Altersteilzeitverpflichtungen saldiert ausgewiesen.

Die **Übergangsgelder** werden mit dem Erfüllungsbetrag zurückgestellt. Die Einzelpositionen werden mit den Abzinsungssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB (herausgegeben von der Deutschen Bundesbank) abgezinst. Die Eintrittswahrscheinlichkeit von 90% wird berücksichtigt. Lohn- und Gehaltssteigerungen sind nicht zu berücksichtigen.

Mittelbare Versorgungszusagen gegenüber der Arbeitnehmerschaft bestehen bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände (RZVK). Auf eine Bilanzierung der mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurde in Ausübung des Wahlrechtes des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB verzichtet. Die Altersversorgung der RZVK wird über eine Umlage finanziert. Die Höhe der der Umlage zugrundeliegenden Löhne und Gehälter betrug im Berichtsjahr 18.114 T€. Die Höhe des Umlagesatzes beträgt 4,25 %. Im Berichtsjahr wurden hierfür 733 T€ gezahlt. Darüber hinaus wurde ein vom Arbeitgeber zu zahlendes Sanierungsgeld erhoben. Die Höhe des Sanierungsgeldes beträgt 3,5 % der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter; im Berichtsjahr wurden hierfür 605 T€ gezahlt.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Körperschaften des öffentlichen Rechts**, Sparkassen und Kreditinstituten werden in einer Position zusammengefasst.

Die **Verbindlichkeiten** sind jeweils im Einzelnen zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der **Passive Rechnungsabgrenzungsposten** umfasst Einnahmen, die Erträge nach dem Bilanzstichtag darstellen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Forderungen gegen die Gesellschafter und werden zum Jahresende mit 74 T€ ausgewiesen. Diese betreffen die Landeshauptstadt Düsseldorf.

Die Auflösung bei dem **„Sonderposten für Zuwendungen zu Investitionen in das Anlagevermögen“** beläuft sich in 2023 auf 156 T€ und betrifft die planmäßige Auflösung.

Die sonstigen **Rückstellungen** setzen sich zum 31.12.2023 im Wesentlichen wie folgt zusammen (Angaben in T€):

Personalrückstellungen	1.227
- davon für Jubiläumsgelder	62
- davon für Übergangsgelder	113
- davon Altersteilzeit	231
Instandsetzungsrückstellungen	158

Die **Gesamtsumme der Verbindlichkeiten** mit einer Restlaufzeit über 5 Jahren beträgt 2.224 T€. Die Summe der durch Pfandrechte abgesicherten Verbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt 4.178 T€. Bezüglich weiterer Angaben nach § 268 Abs. 5 HGB verweisen wir auf den beigefügten Verbindlichkeitspiegel.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesellschaft erhält zur Abdeckung der Kosten für die Betreuung der Menschen mit Behinderung **Leistungsvergütungen und Kostenerstattungen** entsprechend der jeweiligen gesetzlichen Grundlage; diese werden als "Erträge aus Leistungsvergütungen und Kostenerstattungen" in der Gewinn- und Verlustrechnung 2023 ausgewiesen.

Im laufenden Geschäftsjahr werden **periodenfremde Erträge** in Höhe von 300 T€ unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bilanziert. Hier sind wesentlich Vergütungen der Kostenträger für Vorjahre zu nennen. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden in Höhe von 59T€ **periodenfremde Aufwendungen** erfasst. Hier sind im Wesentlichen Energiespitzabrechnungen der Vorjahre zu nennen.

Die **Auflösung der Investitionszuschüsse** erfolgt in der Gewinn- und Verlustrechnung unter "Sonstige betriebliche Erträge"; diese beträgt im Berichtsjahr insgesamt 156 T€.

Gemäß **Gewinnverwendungsvorschlag** wurde der Jahresüberschuss 2022 in Höhe von 384 T€ den Gewinnrücklagen zugeführt.

V. Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Jahresüberschuss 2023 wird vorbehaltlich der Zustimmung der Gesellschafter in Höhe von 325 T€ bereits vollständig im Berichtsjahr den Gewinnrücklagen zugeführt.

VI. Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse in Form von gewährten Pfandrechten und sonstigen Sicherheiten sind dem Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen.

Es bestehen folgende **finanzielle Verpflichtungen**, die nicht in der Bilanz ausgewiesen sind:

- aus langfristigen **Pachtverträgen** betreffend der Grundstücke mit betriebsnotwendigen Immobilien:
 - Insgesamt unter Berücksichtigung der vertraglichen Mindestlaufzeit: 11.991 T€.
 - Im Geschäftsjahr 369 T€.
 - Die Pachtgrundstücke mit aufstehenden Gebäuden werden jeweils als Betriebsstätte genutzt.
 - Es werden dort Menschen mit Behinderung im Sinne der Aufgabenstellung der WfaA beschäftigt.
 - WfaA hat als Eigentümer der Immobilien eigene Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch die üblichen Risiken für Grundstück und Gebäude.
- aus **Mietverträgen** betreffend angemietete Objekte:
 - Insgesamt unter Berücksichtigung der vertraglichen Mindestlaufzeit: 316 T€.
 - Im Geschäftsjahr 158 T€.

- Die Mietobjekte werden jeweils als Betriebsstätte genutzt. Es werden in den Mietobjekten Menschen mit Behinderung im Sinne der Aufgabenstellung der Gesellschaft beschäftigt.
- aus **Leasingverträgen** betreffend geleaster Objekte:
- Insgesamt unter Berücksichtigung der vertraglichen Mindestlaufzeit: 96 T€.
 - Der Leasingaufwand beträgt im Geschäftsjahr 67 T€.

Die **Geschäftsführung** in allen unternehmerischen Funktionsbereichen lag bei Diplom-Kaufmann Thomas Schilder.

Die Gesamtbezüge (in T€) der Geschäftsführung belaufen sich für das Geschäftsjahr auf:

Geldbezüge	134
Sachbezüge	6
Betriebliche Altersvorsorge	9
Gesamtbezüge	<u>149</u>

Der **Verwaltungsrat** (Aufsichtsgremium) der Gesellschaft besteht unverändert auch im Jahr 2023 aus neun ordentlichen Mitgliedern und setzt sich wie folgt zusammen:

1. Vorsitzender: Eberhard Fischer	Ruheständler
2. Burkhard Hintzsche (Stellvertreter)	Dipl.-Verwaltungswissenschaftler
3. Prof. h. c. Dr. h. c. Wulfhard Göttling	Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht a.D.
4. Christoph Nachtigäller	Ruheständler
5. Christina Homma	Industriekauffrau
6. Sabine Humpert-Kalb	Groß- und Außenhandelskauffrau
7. Constanze Mucha	Lehrerin
8. Susanne Ott	Bankkauffrau
9. Dr. Christine Rachner	Ärztin Anästhesiologie

Die Mitglieder erhalten für ihre Tätigkeiten keine Bezüge.

Darüber hinaus bestehen folgende sieben stellvertretende Mitglieder:

1. Anke Müller	Dipl. Verwaltungswirtin
2. Andreas Paul Stieber	Unternehmensberater
3. Ulrich Marks	Industriekaufmann
4. Uwe Warnecke	Rechtsanwalt
5. Wiebke Schubert	Rechtsanwältin
6. Dr. Gottfried Panhaus	Dipl. Chemiker
7. Daniele Masberg-Eikelau	Rechtsanwältin

Die stellvertretenden Mitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Abschlussprüfer ist die Kanzlei Miklis GmbH, Haan.

Das Honorar beträgt für 2023:

Abschlussprüfungsleistungen	14 T€.
-----------------------------	--------

Im Berichtsjahr wurden folgende **Mitarbeiter beschäftigt** (Durchschnitt aus den Quartalsultimowerten):

- 1.456 durchschnittlich betreute Menschen mit Behinderung
- 393 Beschäftigte nach Tarifvertrag öffentliche Dienste (TVöD), (entspricht 364 Vollzeitstellen)
- davon: 7 Bundesfreiwilligendienstleistende freiwilliges soziale / ökologisches Jahr und Praktikanten

Konzernberichterstattung

Als Tochtergesellschaft der Landeshauptstadt Düsseldorf wird die Gesellschaft in den Gesamtabchluss der Stadt Düsseldorf mit einbezogen. Der Gesamtabchluss kann bei der Stadt Düsseldorf eingesehen werden.

Nachtragsbericht

Keine Angabe.

Düsseldorf, den 30.03.2024

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH

Die Geschäftsführung:

Thomas Schilder

Der Jahresabschluss wurde festgestellt am 28.8.2024

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2023

1. Verbindlichkeiten gegenüber Körperschaften des öffentlichen Rechts und Kreditinstituten	bis 1 Jahr			2 - 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt	Sicherheiten
	alle Beträge in Euro	Pos. 1 bis 15 Eingetragen im Grundbuch					
1. LVR / NRW Bank Gebäude Reisholz	43.510,14	174.040,56	0,00	0,00	282.815,40	Hassels	
2. LVR Integrationsamt Gebäude Heerdt	26.829,66	50.512,68	0,00	0,00	77.342,34	Heerdt	
3. Bank für Sozialwirtschaft Gebäude Heerdt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
4. LVR / NRW Bank Gebäude Heerdt	8.293,16	33.172,64	43.260,71	84.726,51	166.852,99		
5. LVR / NRW Bank Gebäude Südpark	5.943,00	21.372,00	74.802,01	101.517,01	203.634,02	Stoffeln	
6. LVR Integrationsamt Gebäude Südpark	5.047,05	14.841,40	0,00	0,00	19.888,45		
7. LVR Integrationsamt Gebäude Reisholz-Anbau	4.801,49	20.190,68	32.463,51	57.455,68	104.911,36	Hassels	
8. LVR / NRW Bank Gebäude Reisholz-Anbau	3.760,92	15.043,68	61.129,21	79.933,81	100.868,42		
9. LVR / NRW Bank Gebäude In der Steele	17.533,06	70.132,24	324.347,03	412.012,33	624.024,66		
10. LVR Integrationsamt Gebäude In der Steele	18.636,40	78.367,60	81.122,87	178.126,87	356.253,74		
11. SSK Düsseldorf Gebäude Steele / Kantine	28.853,04	118.191,57	476.362,65	623.407,26	1.026.804,52		
12. SSK Düsseldorf Kauf/Umbau Gebäude KHS	21.051,92	0,00	0,00	21.051,92	42.103,84	Benrath	
13a. SSK Düsseldorf Kauf/Umbau Gebäude KHS	15.357,13	0,00	0,00	15.357,13	30.714,26		
13b. SSK Düsseldorf Kauf/Umbau Gebäude KHS	8.972,90	0,00	0,00	8.972,90	17.945,80		
14. SSK Düsseldorf Kauf/Umbau Gebäude KHS	2.613,94	0,00	0,00	2.613,94	5.227,88		
15. SSK Düsseldorf Kauf/Umbau Gebäude KHS	10.112,62	0,00	0,00	10.112,62	20.225,24		
18. BFS Düsseldorf Umbau Wacholder	20.890,00	83.560,00	120.117,50	224.567,50	429.075,00	Eintragung im Grundbuch Angermund	
19. BFS Düsseldorf Umbau Wacholder	4.805,00	19.220,00	27.628,75	51.653,75	103.307,50	Hassels	
20. BFS Düsseldorf Umbau BMA	41.650,00	41.650,00	0,00	83.300,00	166.600,00	Rath	
21. SSK Düsseldorf Bau Theodor	79.663,78	332.102,61	653.068,19	1.064.834,58	1.569.673,16		
22. SSK Düsseldorf Bau Theodor	18.625,70	77.646,89	129.561,79	225.834,38	332.670,76		
24. SSK Düsseldorf Umbau Steele	105.000,00	0,00	0,00	105.000,00	210.000,00	im Grundbuch Angermund	
25 SSK Düsseldorf Heerdt Maschine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
26. SSK Düsseldorf Ersatzmaschine Wäscherei	29.500,00	103.250,00	0,00	132.750,00	265.500,00		
27. BFS Containeranlage Heerdt	36.000,00	144.000,00	135.000,00	315.000,00	630.000,00		
davon gegenüber Körperschaften des öffentlichen Rechts	556.850,91	1.397.294,55	2.224.128,92	4.178.274,38	6.356.548,74		
davon gegenüber Kreditinstituten	55.374,60	163.972,36	113.586,38	332.873,34	665.816,68		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	501.536,31	1.233.382,19	2.110.542,54	3.845.461,04	7.680.921,55		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	660.921,55	0,00	0,00	660.921,55	1.321.843,10		
davon LVR Dauervorschuss	4.840.919,09	0,00	0,00	4.840.919,09	9.681.838,18		
davon übrige sonstige Verbindlichkeiten	3.798.000,00	0,00	0,00	3.798.000,00	7.596.000,00		
Verbindlichkeiten insgesamt	1.042.919,09	0,00	0,00	1.042.919,09	2.085.838,18	alle Beträge in Euro	
	6.058.691,55	1.397.294,55	2.224.128,92	9.680.115,02	19.359.220,04		

Legende:

KHS: Karl-Hohmann-Straße

Integrationsamt: früher Hauptfürsorgestelle Landschaftsverband Rheinland

LAA: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion NRW

LVR: Landschaftsverband Rheinland

SSK: Stadtparkasse

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf

Lagebericht 2023

1) Grundlagen des Unternehmens

a. Geschäftsmodell

Die Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH (im Folgenden WfaA genannt) ist eine von der Bundesagentur für Arbeit nach § 225 BTHG anerkannte Einrichtung. Für die Landeshauptstadt Düsseldorf übernimmt sie die Aufgabe der Rehabilitation von Menschen mit Behinderung durch die Errichtung, die Unterhaltung und den Betrieb von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen.

Gesellschafter sind mit 75 % die Stadt Düsseldorf und mit 25 % die BAG Selbsthilfe.

Die sieben Betriebsstätten sind vom Finanzamt Düsseldorf-Süd als "gemeinnützig" anerkannt.

b. Strategien und Ziele

Die WfaA vermittelt den Menschen mit Behinderungen eine berufliche Bildung und eine Beschäftigung zu einem ihrer Leistung angemessenen Arbeitsentgelt. Sie ermöglicht den Menschen mit Behinderung ihre Leistungs- und Erwerbsfähigkeit zu erhalten und dabei ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln.

Entsprechend der geltenden gesetzlichen Vorgabe nach Werkstättenverordnung (WVO) und der Handlungsanweisung HEGA 06/2010 der Arbeitsagentur wurden auch im Berichtsjahr im Berufsbildungsbereich entsprechende Bildungsmaßnahmen angeboten.

Im Arbeitsbereich ist die WfaA mit einem breiten Arbeitsangebot in Produktion und Dienstleistung für Industrie, Handel, Handwerk und Verwaltung tätig, insbesondere in den Arbeitsfeldern Schreinerei, Wäscherei, Garten- und Landschaftspflege, Einzelhandel, Küche und Café, Hofladen, Metallbearbeitung, Montage bzw. Elektromontage, Konfektionierung, Büroservice, Archivierung sowie Abfüllservice.

c. Zweigniederlassungen

Es liegen keine Zweigniederlassungen im Sinne des § 13 HGB im aktuellen Geschäftsjahr vor.

2) Wirtschaftsbericht

a. Allgemeine Geschäftslage

Im Geschäftsjahr verzeichnete die Gesellschaft ein erfolgreiches Ergebnis. Der Umsatz aus Arbeit fiel höher aus, die Belegung von Werkstattplätzen blieb auf dem Niveau des Vorjahrs. Bei 1.480 (Vorjahr: 1.530) genehmigten Plätzen und 1.456 (Vorjahr: 1.470) durchschnittlich belegten Plätzen entspricht die Belegungsquote 99,05 % (Vorjahr: 96,08 %).

Im Geschäftsjahr wurden in fünf „ausgelagerten Arbeitsgruppen“ und auf betriebsintegrierten Arbeitsplätzen insgesamt 88 (davon 43 Einzelplätze) Menschen mit Behinderung gefördert. Es konnten 6 Beschäftigte in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis vermittelt werden.

Die WfaA hat auch in 2023 die Trägerzulassung nach § 2 der Rechtsverordnung zum SGBIII (AZAV) und Begutachtung eines Qualitätsmanagementsystems nach § 2 Absatz 4 AZAV erhalten.

Im Rahmen der Auditierung nach DIN EN ISO 9001:2015 wurde die Gesellschaft im Geschäftsjahr erneut erfolgreich zertifiziert.

Der aktuellen Prognose (15.11.2023) der Europäischen Kommission zufolge wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums 2023 um 0,6 % Prozent wachsen und in den Jahren 2024 um 1,2 % und 2025 um 1,6 % Prozent wachsen. Allerdings können die Auswirkungen des Ukraine Kriegs derzeit nicht verlässlich eingeschätzt werden.

b. Ertragslage

Die Leistungsvergütungen inkl. Kostenerstattungen stiegen im Wesentlichen im Rahmen der Kostensatzerhöhungen von 39.188 T€ um 3.313 T€ auf 42.501 T€. Die Personalkosten (Löhne und Gehälter) der Mitarbeiter stiegen von 19.479 T€ um 1.934 T€ auf 21.413 T€ im Wesentlichen aufgrund der Tarifsteigerungen (Inflationsausgleichsprämie) zum 1.7.2023. Der übrige Personalaufwand stieg aufgrund steigender Betreuungskosten (z.B. Grundloohnerhöhung und SV Aufwand für Beschäftigte).

Die Umsatzerlöse aus Produktion und Dienstleistung sind im Verhältnis zur Gesamtleistung gestiegen und betragen rd. 19 % (Vorjahr: 19%) der Gesamterlöse. Absolut stiegen die Umsatzerlöse aus Arbeit von 9.852 T€ um 363 T€ auf 10.215 T€, wohingegen der Materialeinsatz um rd. 268 T€ von 3.225 T€ auf 3.493 T€ stieg.

Die WfaA weist einen Jahresüberschuss von 325 T€ aus (Vorjahr 384 T€). Die Reduzierung des Jahresergebnisses ist im Wesentlichen dadurch begründet, das im Geschäftsjahr umfangreiche Instandsetzungsarbeiten an den Standorten umgesetzt worden sind.

c. Finanzlage

Die Liquidität war jederzeit gegeben, Zahlungsverpflichtungen wurden im Zahlungsziel beglichen. Die Kapitalstruktur hat sich daher nicht wesentlich verändert. Die langfristigen Verbindlichkeiten wurden planmäßig getilgt.

Investitionen wurden auch im Leasingmodell abgeschlossen, um die Liquidität zu schonen.

d. Vermögenslage

Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr um 407 T€ auf 26.807 T€ reduziert. Dies liegt insbesondere an den gesunkenen Verbindlichkeiten (Tilgungen). Die Bankguthaben haben sich um 875 T€ auf 4.090 T€ erhöht. Die Anlagenzugänge von 1008 T€ wurden überwiegend in Maschinen sowie technische Anlagen getätigt.

e. Leistungsindikatoren

Die zentralen finanziellen Steuerungsgrößen der Gesellschaft sind die Arbeitserlöse, die Maßnahmenerlöse sowie das Arbeitsergebnis. Die Arbeitserlöse sind definiert als Umsatzerlöse aus der Verarbeitung und dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen. Die Maßnahmenerlöse sind definiert als Erträge aus der Abrechnung gegenüber den Kostenträgern. Das Arbeitsergebnis ist im Wesentlichen definiert als Jahresergebnis der Gesellschaft (abzüglich des Ergebnisses des BBB) zuzüglich der Löhne der Beschäftigten und abzüglich der Auflösungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse. Die Veränderungen der Arbeitserlöse und der Maßnahmenerlöse spiegeln sich in den Umsatzerlösen und den Erträgen aus Leistungsvergütung wider. Daher wird auf die Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung verwiesen.

Das Arbeitsergebnis hat sich im Berichtsjahr rückläufig entwickelt. Von im Vorjahr 2.945 T€ sank das Arbeitsergebnis um 221 T€ auf 2.725 T€. Die Löhne der Menschen mit Behinderung liegen mit 2.509 T€ über dem Vorjahresniveau. Dies entspricht somit 164 € je Beschäftigten/Monat (Vorjahr: 154 €). Insgesamt wurden 92 % des Arbeitsergebnisses als Lohn ausgeschüttet. Die Rücklage für Ertragsschwankungen ist mit 100% der möglichen Mittel ausgestattet.

Darüber hinaus sind für die Gesellschaft gerade als gemeinnützige Einrichtung die nicht-finanziellen Leistungsindikatoren sehr wichtig. Diese sind jedoch schwer messbar. Einer dieser nicht finanziellen Indikatoren ist die Vermittlung von Menschen mit Behinderung an den ersten Arbeitsmarkt durch Weiterbildung. Erfreulich ist es daher auch in diesem Jahr, dass 6 Menschen mit Behinderung auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten.

f. Gesamtaussage

Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft positiv entwickelt.

3) Prognose-, Chancen- und Risikobericht

a. Prognosebericht

Wir gehen weiterhin von folgender Belegungsentwicklung in der Zukunft aus:

Die Anzahl der Menschen mit geistiger Behinderung wird weiter zurückgehen, wobei der Anteil der Aufnahmen von schwerst- und mehrfach behinderten Menschen steigen wird. Die Anzahl der Menschen mit einer psychischen Behinderung wird absehbar weiter steigen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass sich die Zugänge und Abgänge aller Beschäftigten in der Werkstatt in den nächsten 3 Jahren insgesamt ausgleichen werden. Langfristig könnte die Belegung aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten 10 Jahren abnehmen.

Im Wirtschaftsplan erwarten wir für 2024 Arbeitserlöse in Höhe von 10.369 T€.

Die tarifliche Steigerung im TVöD ist im Wirtschaftsplan vorgesehen. Die Einigung der Parteien im Mai 2023 sieht eine prozentuale Anpassung um 5,5 % zum 01.03.2024 vor. Wir haben das Ergebnis in die Personalkostenplanung 2024 eingepreist.

Die Erstattungsleistungen der Kostenträger für den Arbeitsbereich werden entsprechend den Anpassungen im TVöD steigen. Für den Berufsbildungsbereich sind Steigerungen ab 01.01.2024 von 10,01 % für Neuzugänge vereinbart worden, so dass die Tarifsteigerungen größtenteils finanziert werden. Zusätzlich ist für alle SMB Fälle (im BBB) ein einheitlicher Satz von 3.538,20 € vereinbart worden, der die Kosten für Zusatzpersonal bereits beinhaltet.

Für das Jahr 2024 planen wir vorsichtig einen Jahresüberschuss von 14 T€.

Trotz weiteren Steigerungen im Sachkostenbereich planen wir durch Preisanpassungen Umsatzerlöse mit denen wir das Arbeitsergebnis und somit die Löhne der Beschäftigten auf gutem Niveau halten können.

Wir weisen darauf hin, dass unsere Planungen die mit dem Ukraine Konflikt verbundenen Unsicherheiten berücksichtigen, soweit dies möglich und absehbar ist. Eine verlässliche Schätzung der Auswirkungen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Hinsichtlich dieser Risiken wird auf das Kapitel „Risikobericht und Risikomanagement“ verwiesen.

b. Risikobericht und Risikomanagement

Potentielle Risiken der Gesellschaft liegen in regelmäßig wiederkehrenden zukünftigen Tarifierhöhungen im Bereich des TVöD und der damit verbundenen weiteren Belastung der Personalkosten bei im Vergleich stabilen Umsätzen. Diesem Risiko wird durch die bereits eingeleiteten und zukünftig geplanten Kostensenkungsmaßnahmen Rechnung getragen sowie jährlich angepasste Kalkulationen unserer Leistungen im Arbeitsbereich.

Darüber hinaus besteht das Risiko des Wegfalls von industriellen Kunden und des damit verbundenen Ausfalls von Umsatzerlösen. Diesem Risiko wird durch intensive Gespräche mit Neu- und Bestandskunden vorgebeugt und versucht, eine zu starke Abhängigkeit zu einzelnen Kunden zu vermeiden. Somit stellt ein potentieller Umsatzausfall ein geringes Risiko dar.

Eine Veränderung (Reduzierung) in der Belegung führt zu mehreren Risiken:

Die Belegungsquote bzw. Auslastungsquote aller 7 Standorte leidet unter einer Reduzierung der Gesamtbelegung. Folglich wären bei einer deutlichen Senkung der Belegung einzelne Betriebsstätten in Frage zu stellen, da die vom Kostenträger erhaltene Substanzerhaltungsquote dem Unterhalt aller Werkstattplätze dient. Bei einer zu knappen Auslastung fehlen somit Mittel zur Erhaltung der Räumlichkeiten. Dieses Risiko stufen wir aktuell weiterhin als mäßig ein. Daher beschäftigen wir uns aufgrund der gesunkenen Belegung mit alternativen Standortmodellen, um die Risiken der Entwicklung zu begrenzen.

Die Belegung ist in 2023 leicht gesunken. Besonders im BBB (hier: GB) stellen wir jedoch eine hohe Nachfrage nach Werkstatteleistungen fest. Daher werden wir die räumliche Ausgliederung des BBB weiter vorantreiben, um attraktive Plätze bieten zu können.

Ein weiteres Risiko liegt in der Veränderung der Entgeltstruktur der Beschäftigten. Die bundesweit festgelegten Steigerungen des Grundlohns der letzten 4 Jahre sind aus dem Arbeitsergebnis finanziert worden. Weitere, kräftigte Steigerungen, die aktuell aus verschiedenen Richtungen gefordert werden, sind in der bekannten Finanzierungsform der Werkstätten nicht umzusetzen. Dafür bräuchte es eine neue Umverteilung von öffentlichen Mitteln. Wir gehen davon aus, dass wir mindestens 2024 noch das bekannte Entgeltsystem der Werkstätten anwenden werden.

Die WfaA verfügt über ein funktionierendes Risikomanagementsystem mit monatlichen Berichten über Umsätze, Auftragsstatus, Kapazitätsplanung und Stichtagsliquidität, das sich auch als Frühwarnsystem eignet, um drohende Verluste und Risiken zeitnah zu erkennen. Weiterhin wird im Herbst jedes Jahres ein Chancen-/Risikobericht erstellt, der alle potentiellen monetären und nicht monetären Chancen und Risiken der Zukunft in einer Übersicht darstellt.

Ebenso wird monatlich eine Kostenstellenrechnung erstellt, um die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Arbeitsbereiche zu prüfen und zeitnah erforderliche Maßnahmen einzuleiten.

Durch ein intensives und vorausschauendes Liquiditätsmanagement konnte die Zahlungsfähigkeit jederzeit gewährleistet werden.

Insgesamt sieht sich die Gesellschaft gegenüber den potentiellen Risiken durch die bisher eingeleiteten Schritte und Maßnahmen als gut aufgestellt.

c. Chancenbericht

Die WfaA hat in 2023 und wird auch in 2024 mehrere Maßnahmen zur Optimierung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten vornehmen.

Aufgrund der weiter steigenden Preise für Rohstoffe, Energie und Dienstleistungen werden wir Teile unserer vergebenen Aufträge neu ausschreiben. Im Bereich der Energiebeschaffung sind die Abschlüsse bereits vereinbart.

Das weiterhin hohe Inflationsniveau zwingt uns viele Kundenaufträge nach zu kalkulieren, um das Arbeitsergebnis nicht sinken zu lassen.

Außerdem prüfen wir Maßnahmen zur Einsparung von Energie. Da die wesentlichen Energieverbräuche in den Produktionsbereichen liegen, wird es schwierig, relevante Mengen zu reduzieren.

Ab 2024 werden mehrere Mitarbeiter des Betreuungspersonals altersbedingt ausscheiden, sodass eine Einsparmöglichkeit im Bereich der Nachbesetzung besteht.

Auch prüfen wir ständig die Möglichkeit neuer Außengruppen, um unsere Beschäftigten besonders nah am allgemeinen Arbeitsmarkt zu beschäftigen.

Bereits in 2023 haben wir bei vielen Anfragen einige neue Kunden gewinnen können. Dabei zeichnet sich ab, dass wir im Bereich Montage / Verpackung / Logistik neue Partnerschaften mit Neukunden aufbauen können, die das Potential haben, in 2024 und den Folgejahren unsere Arbeitsbereiche mit attraktiven Tätigkeiten zu versorgen. Besonders in den nördlichen Standorten war eine Alternative der Arbeiten erforderlich. Wir sehen gute Chancen diese Zusammenarbeit weiter auszubauen.

4) Erklärung zur Unternehmensführung

Public Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen der Landeshauptstadt Düsseldorf in der Fassung vom 09.03.2023

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß Düsseldorfer Kodex analog § 289 f Handelsgesetzbuch der Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH für 2023

Für die Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH ist eine gute und auf eine nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensführung von besonderer Bedeutung. Die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat gewährleisten eine gleichstellungsfördernde, tolerante und diskriminierungsfreie Kultur innerhalb des Unternehmens.

Entsprechenserklärung gemäß Düsseldorfer Kodex

Geschäftsführung und der Verwaltungsrat der Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH erklären, dass seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung gemäß Düsseldorfer Kodex am 29. März 2023 den Bestimmungen des Public Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen der Landeshauptstadt Düsseldorf (Düsseldorfer Kodex) in der aktuell gültigen Fassung vom 09.03.2023 entsprochen wurde.

Die Abweichungen vom Düsseldorf Kodex ergaben sich zu folgenden Ziffern und werden wie folgt begründet:

- 5.8 Die Gesellschaft hat keine D&O-Versicherung, sondern eine Vermögensschadeneigenversicherung, über die die Mitglieder des Verwaltungsrates mitversichert sind. Ein Selbstbehalt ist nicht vereinbart, da auch eine Vergütung oder Aufwandsentschädigung für die Tätigkeit im Verwaltungsrat nicht gewährt wird.
- 6.2.4 Die interne Revision wird nicht als eigenständige Stelle wahrgenommen. Diese wird im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems (QMS) in Form von regelmäßigen Audits durchgeführt.
- 6.3.2 Ein leistungsbezogener Vergütungsbestandteil wurde bei Vertragsabschluss nicht vereinbart. Die Geschäftsführung erhält eine Festvergütung ohne leistungsbezogene Bestandteile.

- 6.5 Die Gesellschaft hat keine D&O-Versicherung, sondern eine Vermögensschaden-eigenversicherung, über die Geschäftsführung mitversichert ist. Der Selbstbehalt beträgt 500 EUR je Schadenfall.
- 6.6 Eine Befristung wurde bei Vertragsabschluss nicht vereinbart. Die Geschäftsführung hat einen unbefristeten Anstellungsvertrag.

Arbeitsweise von Geschäftsführung und Verwaltungsrat, Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse

Zusammenarbeit von Geschäftsführung und Verwaltungsrat

- Die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat haben sich im Jahr 2023 zu vier Sitzungen getroffen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben wie folgt teilgenommen:

ordentliche Mitglieder:

Eberhard Fischer	teilgenommen an 4 Sitzungen
Burkhard Hintzsche	teilgenommen an 1 Sitzung
Prof. h. c. Dr. h. c. Wulfhard Göttling	teilgenommen an 2 Sitzungen
Christoph Nachtigäller	teilgenommen an 3 Sitzungen
Christina Homma	teilgenommen an keiner Sitzung
Sabine Humpert-Kalb	teilgenommen an 3 Sitzungen
Constanze Mucha	teilgenommen an 3 Sitzungen
Susanne Ott	teilgenommen an 3 Sitzungen
Dr. Christine Rachner	teilgenommen an 1 Sitzung

stellvertretende Mitglieder:

Anke Müller	teilgenommen an 1 Sitzung
Andreas Paul Stieber	teilgenommen an keiner Sitzung
Ulrich Marks	teilgenommen an 1 Sitzung
Uwe Marold Warnecke	teilgenommen an 1 Sitzung
Daniela Masberg-Eikelau	teilgenommen an 1 Sitzung
Wiebke Schubert	teilgenommen an 2 Sitzungen
Dr. Gottfried Panhaus	teilgenommen an 1 Sitzung

- In den Verwaltungsratssitzungen hat die Geschäftsführung anhand von schriftlich ausgehändigten Tischvorlagen (mit der Einladung versandt) informiert, Beschlüsse wurden ebenfalls durch detailliert ausgearbeitete Vorlagen eingeholt.
- Die Geschäftsführung hat die Vorlagen mündlich erläutert und die Rückfragen hierzu beantwortet. Insgesamt hat die Geschäftsführung sehr offen und sehr ausführlich über das Geschehen in der Werkstatt für angepasste Arbeit informiert und entsprechende Fragen beantwortet.
- Gemäß der Bestätigung des Wirtschaftsprüfers hat sich die Geschäftsführung an die vorgegebene Geschäftsordnung gehalten.

Arbeitsweise und Geschäftsverteilung der Geschäftsführung

- Die Geschäftsführung besteht aus einer Alleingeschäftsführung, Thomas Schilder.
- Ein entsprechender Geschäftsverteilungsplan besteht nicht.

Arbeitsweise des Verwaltungsrats

- Der Verwaltungsrat ist informiert und berät die Geschäftsführung in allen laufenden Geschäften und genehmigt gegebenenfalls zustimmungspflichtige Geschäfte gemäß Gesellschaftsvertrag.
- Der Verwaltungsrat entscheidet über:
 1. Grundstücksgeschäfte aller Art, Veränderungen an Betriebsgebäuden,
 2. Errichtung und Auflösung von Betriebsstätten und Zweigniederlassungen,
 3. Abschluss von Lizenzverträgen und Verträgen zur Übernahme oder Übertragung von Schutzrechten,
 4. Investitionsentscheidungen von im Einzelfall über 75.000 EUR, dasselbe gilt bei Miet-, Leasing- und ähnlichen gegenseitigen Verträgen, soweit die vertragliche Mindestbindungsdauer drei Jahre und/oder der durchschnittliche jährliche Aufwand 25.000 EUR übersteigt,
 6. Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungserklärungen für Dritte oder durch Dritte zugunsten der Gesellschaft,
 7. Maßnahmen, die die Bildung sowie die wirtschaftliche oder rechtliche Stellung der Behindertengruppen betreffen,
 8. alle über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehenden Geschäfte, soweit sie nicht der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung vorbehalten sind,
 9. Aufstellung eines Wirtschaftsplanes,
 10. Zustimmung zur Bestellung und Abberufung von Prokuristen,
 11. Erteilung des Prüfungsauftrages für den Jahresabschluss,
 - die Erteilung des Prüfungsauftrages umfasst auch die Vereinbarung der Vergütung des Abschlussprüfers und die Festlegung von Prüfungsschwerpunkten,
 - die Auftragserteilung erfolgt durch Beschluss des Verwaltungsrates
 - der Verwaltungsratsvorsitzende übermittelt diesen Beschluss dem Abschlussprüfer; dabei genügt die Unterzeichnung des Auftrages durch den Verwaltungsratsvorsitzenden.
- Der Verwaltungsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben, in dieser sind die Zuständigkeiten des Verwaltungsrates festgelegt.
- Die Effizienzprüfung gemäß 5.2.8 des Düsseldorfer Kodex wird jährlich durchgeführt.

Neue Verwaltungsratsmitglieder werden durch die Geschäftsführung zu einer Begehung der Betriebsstätte der Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH an der Marienburger Straße eingeladen und hier wird ebenfalls über die Arbeit und die Finanzierung sowie die Besonderheiten der Werkstatt für angepasste Arbeit informiert.

- Der Verwaltungsratsvorsitzende trifft sich regelmäßige (mindestens 1 x im Quar-

tal) mit der Geschäftsführung, um die aktuellen Geschehnisse zu besprechen. Weiter leitet der Verwaltungsratsvorsitzende den Verwaltungsrat und erstellt gemeinsam mit der Geschäftsführung das Protokoll.

Zugehörigkeit der Aufsichtsratsmitglieder zum Aufsichtsrat

Die Zugehörigkeit der Verwaltungsratsmitglieder:

ordentliche Mitglieder:

Eberhard Fischer	seit Mai 1997
Burkhard Hintzsche	seit Februar 2004
Prof. h. c. Dr. h. c. Wulfhard Götting	seit März 1995
Christoph Nachtigäller	seit November 1979
Christina Homma	seit Januar 2016
Sabine Humpert-Kalb	seit November 2020
Constanze Mucha	seit Juli 2014
Susanne Ott	seit Juni 2008
Dr. Christine Rachner	seit November 2020

stellvertretende Mitglieder:

Anke Müller	seit Dezember 2022
Andreas Paul Stieber	seit Oktober 2014
Ulrich Marks	seit Dezember 2005
Uwe Marold Warnecke	seit Juli 2014
Daniela Masberg-Eikelau	seit Dezember 2022
Wiebke Schubert	seit August 2010
Dr. Gottfried Panhaus	seit November 2020

Zielgrößen zum Frauenanteil in Führungsebenen

- Zielgröße für den Frauenanteil wurde mit 40% bis 60% vorgegeben. Der Frauenanteil in Führungspositionen (1. bis 2. Führungsebene) beträgt 41 %.

Frauen-/Männeranteil im Verwaltungsrat

- Zielgröße für den Verwaltungsrat wurde nicht vorgegeben, der Frauenanteil beträgt 50%.
Damit sind aus Sicht der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates die Frauen- und Männeranteile entsprechend gegeben.

Angaben zum Diversitätskonzept

- Ein Diversitätskonzept liegt in der Werkstatt für angepasste Arbeit nicht vor. Die WfaA ist der Charta der Vielfalt beigetreten.

Weitere Unternehmensführungspraktiken

- Compliance-Richtlinien werden in der Werkstatt für angepasste Arbeit entsprechend der Düsseldorfer Richtlinien umgesetzt, ein Unternehmensleitbild

wurde im Jahre 2014 gemeinsam mit allen Mitarbeitenden erarbeitet und dieses wird jährlich überarbeitet und angepasst. Ein Nachhaltigkeitsmanagement ist in der Werkstatt für angepasste Arbeit implementiert, wir orientieren uns hier an der Nachhaltigkeitsregelung der LHD. Das Gleichstellungsgesetz wird in der Werkstatt für angepasste Arbeit derzeit durch zwei Gleichstellungsbeauftragte (Frauen) wahrgenommen.

5) **Bilanzzeit**

Die Geschäftsführung versichert nach bestem Wissen, dass im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses so dargestellt ist, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, und dass die wesentlichen Chancen und Risiken hier beschrieben sind.

Düsseldorf, den 30. März 2024

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH

Thomas Schilder
Geschäftsführer

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH, Düsseldorf für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anfor-

derungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Geschäftsführung ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.



Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrun-

gen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
 - ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
 - beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
 - beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
 - führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie
-

zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Haan, den 10. Mai 2024

Kanzlei Miklis GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Miklis
Wirtschaftsprüfer
